



# **Die vhs2030 in NRW: Zukunftsfähig. Vernetzt. Für alle.**

**Antworten der Parteien auf die Forderungen  
der Volkshochschulen zur Landtagswahl 2022**

## Unsere Forderungen

### Finanzierung einer zukunftsfähigen Weiterbildung

Die Pflichtaufgabe kommunale Weiterbildung ist strukturell unterfinanziert. Der Landesanteil an den Gesamtkosten der Volkshochschulen ist in den letzten beiden Jahrzehnten auf unter 20 Prozent gesunken, während die kommunalen Träger und die Teilnehmer\*innen den weitaus größten Anteil tragen. Steigende Entgelte auf Seiten der Teilnehmenden bedeuten jedoch, dass Chancen auf Bildung und Teilhabe versperrt werden. In den letzten Jahren wurde daher ein dialogorientierter Prozess zur verbesserten Finanzierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen eingeleitet und mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes bekräftigt. Dieser eingeschlagene Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Der Anteil des Landes an der Finanzierung der Volkshochschulen muss entsprechend dem Konnexitätsprinzip erhöht werden, damit die Volkshochschulen ihre gesetzliche Pflichtaufgabe Weiterbildung erfüllen können.

### Vernetzte Weiterbildung für eine digitalisierte Welt

Insbesondere die Corona-Pandemie hat die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche enorm beschleunigt und die Bildungslandschaft von NRW nachhaltig verändert. Menschen aller Altersgruppen und Milieus haben erfahren, dass gesellschaftliche Teilhabe und die Bewältigung von Alltags- wie Ausnahmesituationen in wachsendem Maße abhängig ist von digitalen Kompetenzen. Die breite Bevölkerung in die Lage zu versetzen, souverän und gleichberechtigt an der digitalen Welt teilzuhaben und diese aktiv zu gestalten, ist eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit, für welche die 131 Volkshochschulen in NRW Verantwortung übernehmen. Das flächendeckende Netz der Volkshochschulen in NRW bietet mit einem vielfältigen Programmangebot, kommunalen Netzwerkpartnerschaften und Zugängen zu unterschiedlichen Zielgruppen die passende Infrastruktur zur Entwicklung und Koordination eines bedarfsorientierten Programms zur Förderung von digitalen Grund- und Schlüsselkompetenzen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Weitere Investitionen des Landes in die digitale Infrastruktur der Volkshochschulen sind dafür notwendig.

### Bildung für alle

Die Corona-Pandemie hat zahlreiche Bildungsbiografien unterbrochen und droht, noch mehr Menschen sozial abzuhängen. Eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung gefährdet zugleich den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. In dieser Zeit der Unsicherheiten wirken die Volkshochschulen als offene Orte der Begegnung, ermöglichen Dialog und vermitteln Zukunftskompetenzen – für alle Menschen, unabhängig von Herkunft und Status. Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung trägt dabei insbesondere mit niedrigschwelligen Bildungsangeboten entscheidend zur Chancengerechtigkeit und Stärkung der kommunalen Demokratie in NRW bei, schließt Lücken in den Bildungsketten und sorgt für die Anerkennung von erworbenen Kompetenzen. Für viele Menschen sind damit verbundene Angebote der kompensatorischen Grundbildung die entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und schaffen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Zur Förderung von Teilhabe und einer verantwortungsvoll handelnden Bürgergesellschaft gilt es, die Bildungsangebote der Volkshochschulen zu stärken.

**Zusätzlich zu den veröffentlichten Kernforderungen konnten allen Parteien jeweils 8 zentrale Fragen über standardisierte Webportale übermittelt werden. Die vorläufigen Antworten der Parteien sind im Folgenden aufgeführt.**

## Finanzierung einer zukunftsfähigen Weiterbildung

- 1) *Mit Novellierung des Weiterbildungsgesetzes wurde ein Prozess zur verbesserten Finanzierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung eingeleitet. Wie beabsichtigen Sie den Anteil des Landes an der Finanzierung der Gesamtkosten der Volkshochschulen wieder auf mindestens 30 Prozent zu steigern?*

<b>CDU</b>	Den mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes eingeleiteten Prozess werden wir fortführen. Auch in den nächsten Jahren können wir von einer Dynamisierung von zwei Prozent ausgehen. In der mittelfristigen Finanzplanung sind Steigerungen der Entwicklungspauschale und des Innovationsfonds bereits berücksichtigt worden. Im Jahr 2017 haben wir durch die Rücknahme des Konsolidierungsbeitrags die Einführung der Dynamisierung der Mittel sowie der neuen Förderinstrumente im Weiterbildungsgesetz erheblich dazu beigetragen die nordrhein-westfälische Weiterbildungslandschaft zu stärken und ihre bundesweite Vorreiterrolle auszubauen.
<b>SPD</b>	Die gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung unseres Landes. Insbesondere die Volkshochschulen sind mit ihrem breiten und flächendeckenden Angebot ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge in den Kommunen. In Regierungsverantwortung haben wir bereits in der Vergangenheit finanzielle Kürzungen zurückgenommen. Wir wollen eine Dynamisierung im Sinne einer jährlichen Etatsteigerung von 2% in das Weiterbildungsgesetz übernehmen und die weiteren Instrumente nach einer Evaluation entfristen und finanziell stärker ausstatten. Die wichtige Aufgabe des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW wurde von uns immer anerkannt und durch eine entsprechende Finanzierung abgesichert. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.
<b>FDP</b>	Mit der Novelle des Weiterbildungsgesetzes wurde die Förderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ausgebaut und vereinfacht. Statt bisher drei Parametern (Unterrichtsstunden, Teilnehmertage, Hauptamtliche Mitarbeiter) ist zukünftig die Anzahl der hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter (HpM) der einzige Parameter. Dadurch wird Bürokratie abgebaut, da für die Einrichtungen Nachweispflichten für Unterrichtsstunden und Teilnehmezahlen entfallen. Zusätzlich haben wir die Mittel für den zweiten Bildungsweg zum Nachholen von Schulabschlüssen verdoppelt und eine Dynamisierung der Förderung in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen. Wir haben damit wichtige Voraussetzungen für eine weitere Erhöhung der Förderung geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung weiter zu stärken.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Mit der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes haben wir interfraktionell die Finanzierungsstruktur der gemeinwohlorientierten Weiterbildung neu geregelt. Damit soll einem ersten Schritt u.a. erreicht werden, dass Angebote inklusiver und auch sozialraumorientierter sowie niedrigschwelliger ausgerichtet werden können, damit Weiterbildungsteilnahme unabhängig von sozialer Lage gestärkt wird. Allerdings sind damit die Folgen der Absenkung in der Finanzierung in der Weiterbildung nicht aufgeholt. Deshalb wollen wir nicht nur eine Dynamisierung gesetzlich verankern, sondern auch die Weiterbildungsmittel insgesamt wieder anheben.

## Finanzierung einer zukunftsfähigen Weiterbildung

- 2) Bei der Novellierung des Landesweiterbildungsgesetzes wurde auf eine Dynamisierung der Finanzierung des pädagogischen Personals an Volkshochschulen entsprechend der Tarifabschlüsse verzichtet. Wie gedenken Sie die notwendige Dynamisierung im Gesetz zukünftig abzusichern?

<b>CDU</b>	<p>Weiterbildungseinrichtungen erhalten eine Förderung aus dem Bildungsbudget. Dieses enthält eine Bezuschussung der Kosten für das hauptamtliche beziehungsweise hauptberufliche pädagogische Personal sowie weitere Förderungen nach Vorgaben des Weiterbildungsgesetzes. Darüber hinaus erhalten die Weiterbildungseinrichtungen einen zusätzlichen jährlichen Förderbetrag (Unterschiedsbetrag). Die seit 2018 geübte Praxis der Dynamisierung um zwei Prozent des Höchstförderbetrags der Einrichtungen, die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist, sollte auch darüber hinaus fortgeführt werden. Wir gehen davon aus, dass die Dynamisierung geübte Gesetzespraxis sein wird und damit in der mittelfristigen Finanzplanung abgesichert sein wird. Ob die Dynamisierung gesetzlich verankert wird, wird im Rahmen der Evaluation zu betrachten sein.</p>
<b>SPD</b>	<p>Die gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung unseres Landes. Insbesondere die Volkshochschulen sind mit ihrem breiten und flächendeckenden Angebot ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge in den Kommunen. In Regierungsverantwortung haben wir bereits in der Vergangenheit finanzielle Kürzungen zurückgenommen. Wir wollen eine Dynamisierung im Sinne einer jährlichen Etatsteigerung von 2% in das Weiterbildungsgesetz übernehmen und die weiteren Instrumente nach einer Evaluation entfristen und finanziell stärker ausstatten. Die wichtige Aufgabe des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW wurde von uns immer anerkannt und durch eine entsprechende Finanzierung abgesichert. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.</p>
<b>FDP</b>	<p>Mit der Novelle des Weiterbildungsgesetzes wurde die Förderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung ausgebaut und vereinfacht. Wir setzen uns dafür ein, die seit 2018 geübte Praxis der Dynamisierung um zwei Prozent des Höchstförderbetrags der Einrichtungen fortzuführen. Deshalb haben wir die Dynamisierung der Förderung in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen und damit die Voraussetzungen für eine weitere Erhöhung der Förderung geschaffen.</p>
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	<p>Sowohl für das pädagogische Personal der Einrichtungen wie für die Honorare der Kursleitungen braucht die Weiterbildung eine Dynamisierung, um nicht in die Situation einer Unterfinanzierung zu kommen. Das muss nachgeholt werden.</p>

## Finanzierung einer zukunftsfähigen Weiterbildung

- 3) *Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW übernimmt als größte Landesorganisation der gemeinwohlorientierten Weiterbildung eine Schlüsselfunktion in NRW, u. a. für Programme des Landes. Welche Perspektive sehen Sie für eine institutionalisierte Grundförderung des Verbandes durch das Land?*

<b>CDU</b>	Wir haben den Landesverband der Volkshochschulen durch zusätzliche finanzielle Mittel nachhaltig und dauerhaft gestärkt. Das war ein Kernanliegen von uns als CDU. Weiterhin können wir uns eine mehrjährige Projektförderung ähnlich wie im Kulturbereich vorstellen.
<b>SPD</b>	Die gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag für die Bevölkerung unseres Landes. Insbesondere die Volkshochschulen sind mit ihrem breiten und flächendeckenden Angebot ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge in den Kommunen. In Regierungsverantwortung haben wir bereits in der Vergangenheit finanzielle Kürzungen zurückgenommen. Wir wollen eine Dynamisierung im Sinne einer jährlichen Etatsteigerung von 2% in das Weiterbildungsgesetz übernehmen und die weiteren Instrumente nach einer Evaluation entfristen und finanziell stärker ausstatten. Die wichtige Aufgabe des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW wurde von uns immer anerkannt und durch eine entsprechende Finanzierung abgesichert. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.
<b>FDP</b>	Wir haben mit der 2021 verabschiedeten Novelle des Weiterbildungsgesetzes die Landesförderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung grundlegend neu geregelt. Dadurch haben wir sowohl die Volkshochschulen als auch die übrigen Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung von Bürokratie entlastet und diese finanziell gestärkt. Die Entscheidung über die Aufgabenteilung zwischen Volkshochschulen und Landesverband der Volkshochschulen von NRW e. V. sowie über dessen Budget sollte grundsätzlich von dessen Mitgliedern, nämlich den Kommunen als Trägerinnen der Volkshochschulen getroffen werden. Das Land unterstützt den Landesverband bereits heute auf Projektbasis. Die Frage nach einer institutionellen Förderung bedarf einer gründlichen Diskussion im Kontext der unlängst verabschiedeten Novelle des Weiterbildungsgesetzes.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Die Landesorganisationen der Weiterbildung sind eine wichtige Unterstützung für die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Wir möchten sie strukturell absichern und dauerhaft ausreichend fördern.

## Finanzierung einer zukunftsfähigen Weiterbildung

- 4) *Freiberuflich tätige Lehrkräfte an Volkshochschulen müssen in die Lage versetzt werden, sich ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit sozial abzusichern. Welche Möglichkeiten sehen Sie in diesem Zusammenhang für eine finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land?*

<b>CDU</b>	Der Wunsch nach Absicherung freiberuflich tätiger Lehrkräfte ist nachvollziehbar. Eine Möglichkeit wäre über den Zweiten Bildungsweg mit unterschiedlichen Stundensätzen zu arbeiten. Ob dies für den übrigen Betrieb der Volkshochschulen eine Option ist, müsste gemeinsam mit den Kommunen überlegt werden.
<b>SPD</b>	Die freiberuflichen Lehrkräfte an Volkshochschulen stehen in einem Vertragsverhältnis zu den jeweiligen Trägern der Einrichtungen. Daher ist die Rolle und Aufgabe des Landes nur eine indirekte. Unsere grundsätzliche Haltung ist jedoch klar: Wir werden für „Gute Arbeit“ in der Weiterbildung eintreten. Wir wollen eine bessere Bezahlung von freiberuflichen Weiterbildungslehrerinnen und -lehrern erreichen. Gemeinsam mit Kommunen, Gewerkschaften und Dozentenvertretungen werden wir prüfen, ob und wie ein System der sozialen Absicherung für Dozentinnen und Dozenten mit arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung entwickelt werden kann.
<b>FDP</b>	Mit der 2021 verabschiedeten Novelle des Weiterbildungsgesetzes wurde die Landesförderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung grundlegend neu geregelt. Die Qualität der Bildungsveranstaltungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen in NRW wird überwiegend von freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten sichergestellt. Für diese Gruppe gibt es Verbesserungspotential im Hinblick auf die Honorar- bzw. Arbeitsbedingungen. Alle Verantwortlichen in den Weiterbildungseinrichtungen und für die Weiterbildung Verantwortung Tragenden sind aufgefordert, angemessene Arbeitsbedingungen wie eine qualifikationsadäquate Bezahlung bzw. über Festanstellungen für eine Absicherung von Dozentinnen und Dozenten Sorge zu tragen.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Neben den pädagogischen hauptamtlichen Kräften sind freiberuflich tätige Kursleiter*innen wichtig für die Breite des Angebots der Weiterbildung. Mit den Kommunalen Spitzenverbänden müssen die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen im Bildungsbereich neu verhandelt werden. In diesem Zusammenhang müssen auch die sozialversicherungsrechtlichen Fragen für freiberuflich Beschäftigte geklärt werden. Das ist notwendig zur individuellen Absicherung der Honorarkräfte, zur Qualitätssicherung und Attraktivität der Tätigkeit in der Weiterbildung, da die Konkurrenzen auf dem Arbeitsmarkt groß sind sowie nicht zuletzt auch der rechtlichen Absicherung der VHS.

## Bildung für alle

- 5) *Durch welche formalisierten Beteiligungen gedenken Sie die 131 Volkshochschulen und ihren Landesverband in laufende und zukünftige Aktionsprogramme und Landesstrategien in den Handlungsfeldern Teilhabe, Digitalisierung, Dritte Orte und Nachhaltige Entwicklung strategisch zu berücksichtigen?*

<b>CDU</b>	Wir legen Wert auf eine regelmäßige, wenn auch nicht formalisierte Beteiligung des Landesverbandes der Volkshochschulen genauso wie die der anderen Weiterbildungseinrichtungen an laufenden und zukünftigen Aktionsprogrammen und Landesstrategien. Durch den neu geschaffenen Weiterbildungsbeirat, sind die Volkshochschulen mit Sitz beteiligt und damit auch formalisiert eingebunden in die Entwicklung zukünftiger Landesprogramme und Landesstrategien.
<b>SPD</b>	Fort- und Weiterqualifizierung sind in einer von der Digitalisierung geprägten (Arbeits-) Welt unabdingbar. Für diese und auch weitere Aufgaben müssen auch die Volkshochschulen eine wesentliche Rolle spielen, die wir strategisch verankern wollen.
<b>FDP</b>	Den Volkshochschulen kommt bei der Gewährleistung wohnortnaher und schwellenarmer Weiterbildungsangebote eine wichtige Rolle zu. Mit der 2021 verabschiedeten Novelle des Weiterbildungsgesetzes wurde die Einrichtung des Landesweiterbildungsrates beschlossen. Durch diesen Schritt wird der Austausch zwischen der Weiterbildungslandschaft und der Landespolitik institutionalisiert. Zudem haben wir mit dem Innovationsfonds ein neues Förderinstrument geschaffen, welcher in einem wettbewerblichen Verfahren innovative Projekte mit bis zu 50.000 € fördert.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Der Landesbeirat, der Gesprächskreis Weiterbildung, in dem neben den Volkshochschulen auch Vertreter*innen der Einrichtungen in freier Trägerschaft sind, sind Ansprechpartner für den Landtag und das Ministerium. Sämtliche Fragen der Weiterentwicklung sollten im Dialog und in den Gremien vorab diskutiert werden. Das muss auch weiterhin der Standard sein. Hinzu kommen Regionalkonferenzen und die Weiterbildungskonferenz des Landtags, in denen die Weiterbildungslandschaft noch breiter in den Diskussionsprozess eingebunden wird.

## Bildung für alle

- 6) *Lesen und Schreiben sind Schlüssel für soziale Teilhabe. Das Alphanetz NRW ist der zentrale Beitrag des Landes zur bundesweiten AlphaDekade. Welche Bedeutung messen Sie der Alphabetisierung und Grundbildung bei und wie gedenken Sie die erfolgreiche Arbeit des Alphanetz NRW weiterhin zu fördern?*

<b>CDU</b>	Aufstieg durch Bildung ist unser Leitgedanke. Alphabetisierung ist die Grundvoraussetzung für alle weiteren Schritte und den weiteren Zugang zu Bildung. Lebenslanges Lernen ist nur möglich, wenn die Fähigkeit vorhanden ist, Lesen und Schreiben zu können. Die Möglichkeit zum Erlernen dieser Fähigkeiten wollen wir jedem ermöglichen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen das Alphanetz NRW weiter zu stärken, um Alphabetisierung als Voraussetzung für Grundbildung weiter zu fördern und möglichst viele Menschen zu erreichen.
<b>SPD</b>	Wir messen den Themen Alphabetisierung, Grundbildung, Integration und nachholende Schulabschlüsse eine große Bedeutung bei und sind in dieser Hinsicht sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene nachhaltig aktiv. Der Dynamik der damit verbundenen Herausforderungen und Aufgabenstellungen wollen wir in engem Schulterschluss mit den Organisationen der Weiterbildung begegnen, indem wir entsprechende Förderungen fortsetzen und weiterentwickeln.
<b>FDP</b>	Für uns ist Bildung der Schlüssel zu sozialem Aufstieg. Deshalb setzen wir uns sowohl im Schul-, im Hochschul- als auch im Weiterbildungsbereich dafür ein, Bildungschancen zu verbessern. Der Ausbau wohnortnaher und schwellenarmer Angebote zur Alphabetisierung und Grundbildung, die Steigerung der Inanspruchnahme solcher Angebote sowie der Abbau bestehender Stigmatisierungen sind dabei von entscheidender Bedeutung, um soziale Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb haben wir das NRW-Forschungsnetzwerk zur Alphabetisierung und Grundbildung mit einem Fördervolumen von 1,25 Mio. Euro unterstützt, um damit auf eine bessere Vernetzung von Wissenschaft, Politik und Praxis hinzuwirken.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Alphabetisierung und Grundbildung sind zentrale Aufgaben der Bildungspolitik, um Menschen zu besseren Chancen zu verhelfen. Die Volkshochschulen sind prädestiniert für diese Aufgabe und bringen viel Expertise mit, Menschen in Bildungsprozesse (zurück)zu holen, die vom Bildungssystem bisher nicht erreicht wurden bzw. die eher negative Erfahrungen mit Bildungsinstitutionen gemacht haben. Dazu gehören auch nachholende Schulabschlüsse. Wir haben mit der Novellierung gerade diese Arbeit besser ausgestattet. Bei weiteren Bedarfen sollen die Ansätze aufgestockt werden, damit ein flächendeckendes Angebot in bewährter Qualität erreicht wird.



## Vernetzte Weiterbildung für eine digitalisierte Welt

7) *In der Förderung von Open Educational Resources (OER) nimmt NRW eine führende Rolle ein, bislang erstreckt sich dieses Programm nur auf die Hochschulen. Wie gedenken Sie die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in der OER-Strategie in NRW einzubinden?*

<b>CDU</b>	Für die nordrhein-westfälischen Hochschulen wird derzeit im Zusammenhang mit der Förderung von Open Educational Resources die Lösung ORCA.nrw (Open Resources Campus NRW), umgesetzt. Aus dem Landesportal werden digitale Lehr- und Lernmaterialien für Lehrende und Studierende sowie Informationen und Services rund um das Thema digital gestützte Lehre bereitgestellt. Wir werden prüfen, inwieweit die gemeinwohlorientierte Weiterbildung ebenfalls in das Portal integriert werden kann.
<b>SPD</b>	Fort- und Weiterqualifizierung sind in einer von der Digitalisierung geprägten (Arbeits-) Welt unabdingbar. Für diese und auch weitere Aufgaben müssen auch die Volkshochschulen eine wesentliche Rolle spielen, die wir strategisch verankern wollen.
<b>FDP</b>	Wir setzen uns dafür ein, Möglichkeiten zur Einbindung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in die OER-Strategie in NRW im Dialog mit den Akteuren der Weiterbildung zu besprechen. Denkbar erscheinen sowohl der Aufbau eines eigenen Portals als auch die Weiterentwicklung bestehender Portale wie dem vhs-Lernportal. Vorstellbar erscheint auch die Öffnung des von der Digitale Hochschule NRW initiierten Landesportals ORCA.nrw, auf dem offene Bildungsmaterialien erstellt, geteilt und (nach-)genutzt werden können.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Weiterbildung in die OER-Strategie nicht eingebunden war. Das muss nachgeholt werden.

## Vernetzte Weiterbildung für eine digitalisierte Welt

8) *Die Volkshochschulen haben aus eigenen Mitteln eine datenschutzsichere Plattformlösung für digitale Weiterbildungsangebote entwickelt. Wie kann das Land den Betrieb und die notwendige Weiterentwicklung dieser Plattform analog zur Unterstützung digitaler Plattformlösungen für Schulen fördern?*

<b>CDU</b>	Wir halten es für sinnvoll, die vhs-cloud zu einer Weiterbildungscloud für alle Weiterbildungseinrichtungen auszubauen. Dafür bedarf es allerdings auch Abstimmungen mit dem Bund, der die vhs-cloud gefördert hat. Wenn die Weiterentwicklung möglich ist, wäre eine finanzielle Beteiligung durch das Land denkbar. Erste Gespräche mit dem Bund hat es schon gegeben. Lösungen stehen noch aus.
<b>SPD</b>	Betrieb, Pflege und notwendige Weiterentwicklung digitaler Infrastruktur ist ebenso wie bei den Schulen auch bei den Volkshochschulen in erster Linie eine kommunale Aufgabe, die aber selbstverständlich auch im Interesse des Landes ist. Insofern muss es in der nächsten Legislaturperiode dazu eine entsprechende Absprache zwischen Land und Kommunen geben.
<b>FDP</b>	Zusätzlich zu der Neufassung der Förderparameter wurde eine Entwicklungspauschale eingeführt, welche Einrichtungen etwa weitere Investitionen in die Digitalisierung ermöglicht. Da es ein gemeinsames Interesse aller Volkshochschulen ist, digitale Weiterbildungsangebote auszubauen, ist es sinnvoll, dass diese eine gemeinsame Plattform geschaffen haben. Für die Umsetzung und Weiterentwicklung solch innovativer Ideen wurde mit der Novelle des Weiterbildungsgesetzes auch ein Innovationsfonds eingerichtet, welcher ab 2023 in einem wettbewerblichen Verfahren innovative Projekte fördert.
<b>BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN</b>	Die Supportstelle Weiterbildung beim Landesinstitut sollte gemeinsam mit dem Landesverband die Weiterentwicklung verfolgen und für alle Einrichtungen der Weiterbildung nutzbar machen. Dafür ist im Haushalt für Weiterbildung entsprechende Förderung vorzusehen.